

Der Atomkrieg vor der Wohnungstür

Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985

Bearbeitet von
Susanne Schregel

1. Auflage 2011. Taschenbuch. 410 S. Paperback

ISBN 978 3 593 39478 7

Format (B x L): 14 x 21,3 cm

[Weitere Fachgebiete > Geschichte > Kultur- und Ideengeschichte > Sozialgeschichte, Gender Studies](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Leseprobe

In den frühen achtziger Jahren kam der Atomkrieg "vor der Wohnungstür" an. Unter dem Eindruck sich verschärfender internationaler Spannungen warnten die Akteure der in dieser Zeitphase entstehenden Friedensbewegung vor dem Ausbruch eines atomaren Krieges zwischen den Supermächten, der Deutschland und Europa möglicherweise völlig vernichten werde. Dabei bemühten sie sich, den Bürgern gerade auch in ihren alltäglichen Zusammenhängen, nahräumlich und möglichst "konkret" vor Augen zu führen, was ein atomarer Krieg für sie bedeuten könnte: Aktivisten der Friedensbewegung verdeutlichten die möglichen Folgen eines atomaren Krieges am Beispiel des eigenen Wohnortes. Sie adressierten die Ursachen der von ihnen konstatierten Kriegsgefahr als eine auch "vor Ort" stattfindende alltägliche Militarisierung. Und sie begriffen das Eintreten für Abrüstung und Frieden als eine wesentlich lokale Aufgabe.

"Um bis 1983 die Stationierung neuer Atomraketen zu verhindern, muß es uns gelingen, in jeder Stadt, jedem Dorf, in unserer Nachbarschaft ein öffentliches Klima gegen weitere atomare Hochrüstung zu schaffen", formulierte etwa die DFG-VK, eine traditionsreiche links-antimilitaristische Gruppierung, den Anspruch auf eine nahräumlich ausgerichtete politische Mobilisierung. Diese sollte sich nicht allein an Regierungen wenden, sondern ebenfalls niedrigskaliert organisiert werden und in die alltäglichen Zusammenhänge ausgreifen: "Überlassen wir den täglichen Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen in unserem Land nicht den Raketenbefürwortern, sondern popularisieren wir vor Ort unsere Forderungen, Argumente und Alternativen. Lernen wir es, dorthin zu gehen, wo die Menschen leben, arbeiten und feiern. Suchen wir nicht allein den Erfolg im Großen, sondern lernen wir es, uns zu freuen über das ›Nein‹ unseres Nachbarn, Kollegen, Mitschülers oder Verwandten. Befähigen wir uns, in unseren Aktionen die ›atomare Bedrohung‹ überall zum Thema zu machen: an unserem Arbeitsplatz, in der Schule, der Universität, in den Vereinen, Kirchengemeinden, den politischen Parteien, in unserem Wohngebiet."

Ogleich die Friedensbewegung der achtziger Jahre in ihrer Hauptargumentation gegen den NATO-Doppelbeschluss gerichtet war und insbesondere die mit diesem möglich werdende Stationierung neuer atomarer Waffen in der Bundesrepublik und Europa kritisierte, blieb der Fokus dieser sozialen Bewegung somit nicht auf die Ebene nationalstaatlich oder international entstandener Entscheidungen beschränkt. Handeln "für den Frieden", "gegen den Krieg" wurde vielmehr auch als eine nahräumliche Aufgabe und Kompetenz herausgestellt. Die Akteure der Friedensbewegung griffen so in die institutionalisierte räumliche Ordnung politischer Prozesse und politischer Kompetenzen ein; sie definierten einen konventionell staatlich oder sogar überstaatlich ausgetragenen Politikbereich als "nahräumlich" um und brachen ihn auf eine ungewohnte, niedrige Ebene der räumlichen Skalierung herunter.

Auf diese Weise stellte die friedenspolitische Wendung in den Nahraum nicht allein räumliche Anordnungen, sondern auch konventionelle Zuschreibungen und Grenzbestimmungen von politisch und unpolitisch, verantwortlich und nicht verantwortlich in Frage. Diese Modifikationen in

der Bestimmung politischer Kompetenzen und Grenzen werden etwa deutlich, wenn ein Aktionsratgeber der DFG-VK über die Notwendigkeit, neue und auf dem Prinzip der "Basisnähe" beruhende Formen des politischen Handelns zu entwickeln, erklärte:

"Es geht um das Ansprechen und - friedvolle - Miteinanderdiskutieren im eigenen Lebensbereich und nicht nur in den für politische Aktivitäten vorgesehenen Zeitspannen. Es geht auch um das Ansprechen des Verwandten, des Arbeitskollegen und des Sportkameraden. ›Jaja‹, werden jetzt gleich einige sagen, ›das ist 'ne ganz schöne Zumutung. Soll ich mir mit denen vielleicht die Freundschaft verscherzen? Ich muß doch nicht auch noch mein Privatleben politisieren?‹
Niemand sollte etwas gegen Freiz